

Gestaltende Politik fürs Volk

Mit der Lancierung des Bürgerpakets vollzieht die VU keine Abkehr von den im Koalitionsvertrag gemeinsam festgelegten finanzpolitischen Zielsetzungen. Die VU steht nach wie vor zur Koalition.



Günther Fritz
Parteipräsident

Die VU kann die Entrüstung von Regierungschef Adrian Hasler und der FDP nicht nachvollziehen. Für den Regierungschef sei das VU-Bürgerpaket «nicht enkeltauglich» und er befürchtet in einem offenen Brief an die Einwohnerinnen und Einwohner, dass die VU beabsichtige, «leichtfertig mit den Staatsfinanzen umzugehen». FDP-Präsident Thomas Banzer ortet im VU-Bürgerpaket sogar «staatsschädigendes Verhalten». Der Regierungschef will nächste Woche deshalb den Koalitionsausschuss einberufen und von den VU-Verantwortlichen persönlich hören, ob sie weiterhin zu Koalitionsvereinbarung stehen.

Nutzen für Bürger schädigend? Diese Reaktionen des Koalitionspartners auf das VU-Bürgerpaket verwundern, zumal die VU die finanzielle Ausgestaltung ihrer Lösungsansätze in den brennenden sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen noch gar nicht konkretisiert hat. Die FDP tut so, als ob jede künftige Ausgabe, die direkt dem «Normalbürger» zugute kommt, bereits «staatsschädigend» sei. Der Regierungschef spricht der VU sogar die Finanzkompetenz ab. Offenbar gibt es für Finanzminister Adrian Hasler und die FDP bei den finanzpolitischen Zielsetzungen nur Schwarz oder Weiss. Grau im Sinne von massvollen und nachhaltigen Investitionen, die sich langfristig auszahlen, darf es demnach nicht geben.

Für nachhaltige Lösungen Erbprinz Alois legte in seiner Thronrede den Fokus auf die Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter. Mit Blick auf eine Versicherungslösung sagte er, dass eine staatliche Unterstützung der Eintrittsgenerationen aus den Staatsreserven finanziert werden müsste. Weiter führte er dazu aus: «Im Grunde wäre dies jedoch nur eine Vorwegnahme von Ausgaben, für die der Staat in der Vergangen-

heit nicht vorgesorgt hat, die er aber in Zukunft sowieso übernehmen müsste.» Es ist davon auszugehen, dass die FDP solche Ausgaben zur Bewältigung der demografischen Entwicklung nicht als «staatsschädigend» verurteilt.

Für die VU ist klar, dass die Herausforderungen in den Bereichen Sozialwerke, Gesundheit, Familienförderung sowie Pflege und Betreuung im Alter den Staat immer etwas kosten werden und wir deshalb eben heute schon in kluge Lösungen investieren sollten, damit das Ganze langfristig bezahlbar bleibt. Wenn die VU diese Haltung bei der Vorstellung des Bürgerpakets zum Ausdruck bringt, dann wird dies von der FDP umgehend als «Gefahr für den Staatshaushalt» gebrandmarkt.

VU fair gegenüber Rentnern

Die FDP hält es für absolut verantwortungslos, jährliche Kosten für die Zukunft aufzubauen. Ist es verantwortungslos, wenn die VU die AHV enkeltauglich fit machen will? Ist es verantwortungslos, wenn die VU Rentnerinnen und Rentnern, die nur von der AHV leben, ein bes-

seres Leben ermöglichen will? Ist es im Gegenzug verantwortungsvoll, wenn sich der Staat bei der AHV mit einem Fixbeitrag von 30 Millionen aus der Verantwortung zieht und die Versicherten allein im Regen stehen lässt? Diese müssten dann notwendigerweise über entsprechend höhere Beiträge, längere Lebensarbeitszeit und Rentenkürzungen die Zeche bezahlen.

VU steht zum Koalitionsvertrag

Die VU ist sich ihrer finanzpolitischen Verantwortung in der Koalition vollends bewusst und beabsichtigt nicht, die mit den Massnahmenpaketen I, II und III angezogenen Schrauben wieder zu lockern. Aber sie ist der Ansicht, dass bei den jetzt wieder möglichen Zukunftsinvestitionen auch an die Bürgerinnen und Bürger gedacht wird. Die Antwort an den Regierungschef kann heute schon gegeben werden: Die VU steht nach wie vor zum Koalitionsvertrag und zu den darin vereinbarten finanzpolitischen Zielsetzungen. Zu einer gestaltenden Politik gehören aber auch die Bürgerinnen und Bürger! ■



Günther Fritz
Parteipräsident

Kommentar

Sinnvoll investieren heisst: Die Menschen nicht vergessen!

7 Millionen minus angesagt, 170 Millionen plus gemacht, ergibt eine Differenz von 177 Millionen! Es ist zweifellos schwierig, das Ausmass der Steuereinnahmen und die Börsenentwicklung vorauszusagen, dennoch sei die Frage erlaubt, weshalb sich Finanzminister Adrian Hasler gegenüber dem Budget 2017 um 177 Millionen in der Erfolgsrechnung verrechnet hat. Bei einem solchen, sich in den letzten Jahren wiederholenden Auseinanderklaffen zwischen Landesvoranschlag und Landesrechnung müssen sich die Landtagsabgeordneten im einen oder anderen Fall der vergangenen Sparübungen fragen, ob sie rückblickend nicht anders entschieden und das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger mehr geschont hätten.

Um sich ein besseres Bild von der Finanzlage des Staates machen zu können, wäre das Planen in Szenarien eine zweckmässige Lösung. Dies schlug im November 2016 VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser vor: «Einem offensiven ein defensives, einem optimistischen ein vorsichtiges Szenario gegenüberzustellen, würde Aussagekraft und Qualität der Finanzplanung erhöhen und den Abgeordneten in der Beurteilung des Zustands des Staatshaushalts mehr Sicherheit geben.»

Wie bereits Erbprinz Alois in seiner Thronrede erklärte, ist nach den Jahren des Sparens «eine neue Phase des zukunftsorientierten Gestaltens» angebrochen. Auch der Regierungschef betont immer wieder, dass nun die Zeit des Gestaltens gekommen sei. Nichts anderes tut die VU mit einem «Fortschrittlichen Bürgerpaket». Mit der Lancierung dieses Bürgerpakets unterstreicht die VU ihr Anliegen, bei den nun wieder möglichen Investitionen die Menschen nicht zu vergessen, nachdem sie in den Zeiten des massiven Sparens mehr als einmal zur Kasse gebeten worden sind. Der VU geht es darum, dass neben den zweifellos notwendigen Investitionen in Infrastrukturprojekte und in den Bereichen Digitalisierung, E-Government, Finanzplatzstrategie usw. der «Normalbürger» nicht im Regen stehen gelassen wird.

So mutet es mehr als befremdlich an, wenn die FDP ein Paket für die Bürger als Gefahr für den Staatshaushalt bezeichnet. Wenn es um den Bürger geht, dann wird es auf einmal gefährlich? Wieso sollte es nicht möglich sein, den Bürger zu entlasten und gleichzeitig den Staatshaushalt im Lot zu behalten? Die VU ist ganz klar der Meinung, dass das möglich sein muss. Schwarzmalerei ist hier fehl am Platz! ■

VU lanciert Bürgerpaket

Das positive Ergebnis der Landesrechnung 2017 bestätigt die VU in ihrer Ansicht, dass es nach dem rigiden Sparkurs an der Zeit ist, in Projekte zu investieren, welche der Bevölkerung zugute kommen.



Günter Vogt
VU-Fraktionssprecher

Mit dem Wahlslogan «Mehr möglich machen» haben wir von der VU bereits im Landtagswahlkampf 2017 unsere Haltung klar unterstrichen: In der laufenden Legislaturperiode ist es nun an der Zeit, eine gestaltende Politik für die Menschen zu betreiben und sinnvolle und nachhaltige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Die Sparmassnahmen waren notwendig. Die nun vorliegende Landesrechnung 2017 bestätigt, dass dies im Hinblick auf den Staatshaushalt auch möglich ist.

Äquivalenzprinzip beachten

Nach unserer Ansicht hat sich der Staat nach dem Äquivalenzprinzip zu verhalten. Das heisst, er soll nur so viel einnehmen, wie er für die Erfüllung seiner Aufgaben benötigt. Nachdem der Staat nun auf einem Nettofinanzvermögen von zwei laufenden Jahresausgaben sitzt, bekommt dieses Äquivalenz-

prinzip heute mehr Aktualität denn je. Dabei geht es uns von der VU nicht darum, die Schrauben der damals sicherlich notwendigen Massnahmenpakete I, II und III wieder zurückzudrehen – oder wie es eine Kommentatorin im «Volksblatt» schrieb – irgendwelche Schleusen zu öffnen.

Wer lesen kann, ist im Vorteil! Uns geht es darum, im Rahmen einer gestaltenden Politik nicht nur in Infrastrukturprojekte zu investieren, sondern vor allem zukunftsorientierte Lösungen für die brennenden sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen zu erarbeiten. Die Menschen in Liechtenstein haben ein Anrecht darauf, dass ihnen die Politik wieder etwas zurückgibt – denn man hat ihnen in den Sparzeiten einiges abverlangt.

Für mehr Solidarität

Deshalb lanciert die VU ein Bürgerpaket für mehr Solidarität. Dabei geht es um eine geballte Ladung von Themen, die den liechtensteinischen Bürgerinnen und Bürgern grosse Sorgen bereiten. So engagiert sich die VU für mehr staatliches Engagement bei der AHV, für ein gutes Leben im Alter,

für bezahlbare Krankenkassenprämien, für die Stärkung der Familien und für ein Demografie-Prozent. Zum Wohle unserer Bevölkerung.

Brennende soziale Fragen

Mit diesen Massnahmen werden keine Dämme gebrochen und es wird auch keine Uhr auf die Zeit zurück vor den damals notwendigen Sparpaketen gelegt. Wir werden nachhaltige Schwerpunkte zur Lösung der brennenden sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen setzen, welche beispielsweise auch Erbprinz Alois in seiner Thronrede mit Blick auf den demografischen Wandel angesprochen hat. Die zukünftige Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter gibt schon seit Jahren zu reden. Und wir von der VU werden alles daran setzen, Lösungen zu entwickeln. Das hat mit Verantwortung gegenüber den Menschen in unserem Land zu tun und nichts mit «Geschenke verteilen».

Für ein Demografie-Prozent

Wir von der VU werden Lösungen vorschlagen, die selbstverständlich auch enkeltauglich sein müssen. Das könnte zum Beispiel bei

einem Demografie-Prozent bedeuten, dass ein solches «Prozent» nur bei einem positiven betrieblichen Ergebnis der Landesrechnung ausgelegt werden könnte. Oder dass Teile des Staatsvermögens abhängig von einer positiven Entwicklung der Börse in Projekte des demografischen Wandels oder andere Zukunftsprojekte investiert würden.

Entlastung der Bevölkerung

Steigende Gesundheitskosten könnten ebenso besser überwacht und Massnahmen ergriffen werden, ohne dafür gleich wieder den Staatsbeitrag auf die Werte in den Vorjahren zurückzuschrauben. Wieso gehen Liechtensteiner pro Jahr neun Mal zum Arzt und der Schweizer nur gerade sechs Mal? Hier könnte z. B. mit einer Stärkung der Hausarztmedizin als kostengünstigster Behandlungspfad die medizinische Grundversorgung optimiert werden. Eine gesunde Staatskasse und weniger Belastung für die Einwohner müssen sich nicht ausschliessen. Oder um es in den Worten der «Volksblatt»-Kommentatorin auszudrücken: Nach der Party muss kein Kater folgen, wenn vernünftig gefeiert wird! ■